



# Antrag

## auf Förderung von Projekten aus dem Werra-Ulster-Weser-Fonds im Landkreis Hersfeld-Rotenburg

*nach der Richtlinie des Landkreises Hersfeld-Rotenburg zur Förderung der besonders von den Umweltauswirkungen betroffenen Standorte im hessisch-thüringischen Kaligebiet im Rahmen des Werra-Ulster-Weser-Fonds*

An den  
Kreisausschuss des  
Landkreises Hersfeld-Rotenburg  
Fachdienst Ländlicher Raum  
Hubertusweg 19 C  
36251 Bad Hersfeld

Eingangsstempel

### 1. Antragsteller/in

Art der Person	<input type="checkbox"/> öffentlich-rechtlich	<input type="checkbox"/> Zusammenschluss
	<input type="checkbox"/> privat – natürliche Person	<input type="checkbox"/> juristische Person
Name		
Vorname		
Straße und Hausnummer		
PLZ	Ort, Ortsteil	
Telefon		Fax
E-Mail		Handy

### 2. Bankverbindung

Bank	
IBAN	
BIC	

### 3. Antragsgegenstand

Bezeichnung der geplanten Maßnahme/ des Vorhabens:
Kurzbeschreibung in Stichworten (ausführliche Projektbeschreibung erfolgt auf gesondertem Blatt)

Projektadresse	Straße und Hausnummer
	PLZ und Ort

Realisierungszeitraum	von	bis
-----------------------	-----	-----

#### Ergänzende Unterlagen:

Bitte reichen Sie eine **Projektbeschreibung** auf einem gesonderten Blatt ein, diese ist Bestandteil des Antrags.

Die Beschreibung sollte max. 6 Seiten umfassen und mindestens folgende Punkte enthalten:

- Zuordnung zu mindestens einem Ziel des Werra-Ulster-Weser-Fonds (siehe Förderrichtlinie zum Werra-Ulster-Weser-Fonds)
- Projektziele
- Maßnahmenbeschreibung
- Bedeutung für die kommunale bzw. regionale Entwicklung
- Positive Auswirkungen auf Belastungsschwerpunkte durch Kalibergbau
- Modellhafter Charakter und/oder Innovationsgehalt (wenn gegeben)
- Mögliche Projektpartner

#### 4. Erklärungen

Ich/Wir erkläre/n, dass

- mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde,
- ich/wir meinen/unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Abgaben nachgekommen bin/sind.
- mir/uns kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist. Mir/uns ist bekannt, dass ich verpflichtet bin/wir verpflichtet sind, das unmittelbare Bevorstehen eines Insolvenzverfahrens unverzüglich mitzuteilen.
- wenn der Antragsteller ein Unternehmen ist, die beantragte Förderung den Vorgaben zu „De-minimis-Beihilfen“ unterliegt. Mit dem Antrag ist die De-minimis-Erklärung beizufügen.

Mir/uns ist bekannt, dass erst nach Zugang des Zuwendungsbescheides mit der Maßnahme begonnen werden darf. Ein vorzeitiger Beginn vor Erhalt des Zuwendungsbescheides schließt die Förderung der Maßnahme aus.

- Ich bin                       Wir sind
- nicht vorsteuerabzugsberechtigt
- teilweise vorsteuerabzugsberechtigt mit    Prozent  
(bitte Bescheinigung des Steuerberaters/des Finanzamtes beifügen)
- voll vorsteuerabzugsberechtigt

Für das von mir/uns beabsichtigte Vorhaben werden/wurden Finanzierungsmittel aus anderen Programmen (Zuschüsse/öffentliche Mittel)

- gewährt                       beantragt.

Falls weitere Finanzierungsmittel bewährt/beantragt wurden, diese bitte benennen:

Programm

Bescheid vom

#### Anzugeben bei Bauvorhaben:

- Ich bin/werde                       Wir sind/werden
- Grundstückseigentümer/in,
- Inhaber/in eines auf mindestens  Jahre abgeschlossenen Pacht- oder Nutzungsvertrages.

Mir/uns ist bekannt, dass

- kein Rechtsanspruch auf Förderung besteht. Die Bewilligungsbehörde prüft die Förderfähigkeit nach pflichtgemäßen Ermessen nach der Feststellung der Förderwürdigkeit durch das regionale Auswahlgremium im Rahmen der zur Verfügung stehenden Fördermittel,
- im Falle der Bewilligung die ANBest-P oder die ANBest-GK zu deren Bestandteil erklärt werden, dass die ANBest-P und die ANBest-GK unter ihrer jeweiligen Nr. 3 Verpflichtungen im Hinblick auf die Anwendung vergaberechtlicher Vorschriften enthalten und dass die Nichtbeachtung dieser Vorschriften eine Rückforderung und Verzinsung der Zuwendung zur Folge haben kann,
- die allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) und die allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-GK) gelten, soweit in der Förderrichtlinie oder im Zuwendungsbescheid keine abweichende Regelung getroffen wird,
- die Zahlung der Zuwendung bei falschen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben oder bei Nichterfüllung oder bei nicht rechtzeitiger Erfüllung oder Einhaltung der Bedingungen und Auflagen bzw. der übernommenen Verpflichtungen zurückgefordert werden kann,
- der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt werden kann,
- von der Bewilligungsstelle alle Unterlagen (auch rückwirkend), die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Festsetzung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können,
- die zuständige Bewilligungsstelle entsprechend den Rechtsvorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann,
- alle Angaben in den einzelnen Anträgen und in den mit den Anträgen eingereichten Unterlagen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen ( Subventionsgesetz vom 29.07.1976 (BGB I.1 S 2037) sind,
- ich/wir nach § 3 Abs. 1 des Subventionsgesetzes verpflichtet bin/sind, der zuständigen Bewilligungsstelle unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, der Weitergewährung, der Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung(en) entgegen stehen oder für die Rückforderung(en) erheblich sind,
- falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben zur Strafverfolgung führen können.

Ich bin/wir sind entsprechend § 7 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 des Hessischen Datenschutzgesetzes (HDSG), (GVBl. 1999, S. 98 ff), damit einverstanden, dass die von mir/uns in diesem Förderantrag angegebenen Daten

- erfasst und automatisiert verarbeitet werden. Die Datenerhebung, -speicherung und -verarbeitung erfolgt zum Zweck der Nachweisführung über die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel.
- alle Fördermaßnahmen, die von mir/uns beantragt werden, zu anonymisierten Auswertungen für die Begleitung und Bewertung sowie allgemeine Beratungs- und Statistikzwecken auch von beauftragten Dritten verwendet werden können,
- 10 Jahre aufbewahrt werden, sofern nicht andere Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist vorschreiben,
- dass die von mir/uns angegebenen Daten zur Erstellung von Statistiken an die hierfür zuständigen Stellen und Behörden übermittelt werden können.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Name in Druckbuchstaben  
und Unterschrift

## 5. Kosten und Finanzierung

<b>Projektkosten inkl. Mehrwertsteuer (Gesamtkosten)</b>	
<b>Personalkosten</b> (Bruttogehalt /Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung, sonstige Sozialleistungen)	<input type="text"/> Euro
<b>Bauinvestitionen</b> Unternehmerleistungen und /oder Materialkosten zur Verarbeitung in Eigenleistung (laut beigefügten Kostenangeboten bzw. Kostenschätzung nach DIN 276)	<input type="text"/> Euro
<b>Maschinen, Anlagen, Ausstattung</b>	<input type="text"/> Euro
<b>Kosten für Dienstleistungen/sonstige Leistungen/Planungskosten gem. HOAI</b>	<input type="text"/> Euro
<b>Gebühren und weitere Nebenkosten</b> (z. B. Genehmigungsgebühren, Notarkosten)	<input type="text"/> Euro
<b>Gesamtkosten inkl. Mehrwertsteuer</b>	<input type="text"/> <b>Euro</b>

<b>Vorgesehene Finanzierung</b>	
Eigenmittel	
• Vorhandene Eigenmittel (Barmittel/Guthaben)	<input type="text"/> Euro
• Bankdarlehen (Nachweis)	<input type="text"/> Euro
Sonstige beantragte Zuschüsse und/oder Darlehen aus anderen Förderprogrammen (Nachweis erforderlich)	<input type="text"/> Euro
Sonstiges	<input type="text"/> Euro
Beantragter Zuschuss	<input type="text"/> Euro
<b>Gesamtmittel inkl. Mehrwertsteuer</b>	<input type="text"/> <b>Euro</b>

## 6. Anlagen

Als Anlagen sind beigefügt:

- detaillierte Projektbeschreibung (siehe Pkt. 3)
- Kostenangebote (mindestens 3 Vergleichsangebote)
- Kostenschätzung nach DIN 276
- Honorarangebot (Leistungsphasen nach HOAI)
- weitere erläuternde Planungsunterlagen
- Langfristiger Nutzungsvertrag (wenn nicht im Eigentum)
- Lageplan mit Markierung des Maßnahmenraumes
- Fotos des aktuellen Zustands
- erforderliche Genehmigungen und Erlaubnisse:
  - bei Baumaßnahmen: Baugenehmigung mit Anlagen, denkmalschutzrechtliche Genehmigungen
  - naturschutzrechtliche und/oder  wasserrechtliche Genehmigungen
  - ggf. weitere Genehmigungsunterlagen

Unternehmen, Vereine, Private:

- Darlehensvertrag, Nachweis der Eigenmittel

Gebietskörperschaften (wenn haushaltskonsolidierungspflichtig) :

Auszug aus dem Haushaltsplan

Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde

Vereine, Unternehmen (juristische Personen des privaten Rechts):

aktueller Vereinsregister- bzw. Handelsregisterauszug

Vereine:

Satzung (aktueller Stand)

Unternehmen:

De-minimis-Erklärung mit Anlagen (nur bei Unternehmen als Antragsteller)

Sonstiges:

## 7. Bevollmächtigung

Hiermit bevollmächtige/n ich /wir die nachstehende Person, für mich/uns zur Abgabe und Entgegennahme aller Erklärungen zu der von mir/uns beantragten und durchzuführenden Maßnahme gegenüber der Bewilligungsstelle bis auf Widerruf:

Name der/des Bevollmächtigten	<input type="text"/>
Straße u. Hausnummer	<input type="text"/>
PLZ und Ort	<input type="text"/>

Ort, Datum

---

Unterschrift des Bevollmächtigten

## 9. Unterschrift(en) des Antragstellers

Ich/wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag gemachten Angaben

Ort, Datum

---

Unterschrift(en)